




# *Evangelische Verantwortung*

Das Magazin des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU | Ausgabe 5+6/2022



**Ablösung der Staatsleistungen  
an die Kirchen**

Lars Rohwer MdB und  
Sophie Schirmer > 9

**Werte im Journalismus**

Dr. Burkhard Budde > 10

*Politisches Handeln  
auf biblischer Grundlage*

Johannes Rehm > 3



# Liebe Leserin, lieber Leser,

lange Zeit waren wir in der **Bundesrepublik Deutschland** privilegiert: Wir lebten seit vielen Jahrzehnten nicht nur in dem **größten Wohlstand**, den es in der Geschichte Deutschlands jemals gegeben hat, sondern auch in der **längsten Friedenszeit**. Wir müssen schon sehr lange zurückgehen, nämlich ins 16. und 17. Jahrhundert, genaugenommen in die Zeit zwischen dem **Augsburger Religionsfrieden** und dem **Ausbruch des Dreißigjährigen Krieges (1555–1618)**, um die nun mittlerweile zweitlängste innerdeutsche Friedens Epoche auszumachen.

**Wohlstand, Sicherheit und Frieden** sind für Generationen in Deutschland – trotz aller Krisen – vor allem auch durch die Aufbauarbeit unserer Eltern und Großeltern nach dem Zweiten Weltkrieg und die feste Einbindung in das **westliche Werte- und Verteidigungsbündnis** fast schon zur Selbstverständlichkeit geworden. Wir wussten zwar nie, was die Zukunft bringt. Aber wir gingen weitgehend davon aus, dass der Rahmen, in dem wir unser Leben frei gestalten, ungefähr so bleibt, wie er ist.

Und natürlich war in der Vergangenheit auch nicht alles leicht! Aber eine **Pandemie**, die unser gesamtes gesellschaftliches Leben über zwei Jahre hinweg lahmlegt, und ein klassisch-konventionell geführter **Invasionskrieg mitten in Europa**, das war für die meisten von uns bis vor kurzem noch unvorstellbar. Seit einiger Zeit ist das nun wieder anders: Wir befinden uns inzwischen **im dritten Corona-Jahr**, parallel dazu findet ein brutaler und menschenverachtender Krieg **Russlands gegen die Ukraine** statt. Dieser völkerrechtswidrige Eroberungskrieg stellt nun nicht nur die **deutsche Verteidigungspolitik** auf den Prüfstand, sondern auch die gesamte **europäische Sicherheit** sowie die **internationale Weltfriedensordnung**.

Wir spüren derzeit wieder in brutalster denkbarer Weise, wie kaum zuvor in den letzten Jahrzehnten nach dem **Fall der Berliner Mauer** und dem **Ende des Kalten Krieges**, dass Wohlstand, Sicherheit und Frieden auch bei uns in Deutschland wieder extrem gefährdet sind. Wir müssen einer bitteren Wahrheit erneut ins Auge sehen, die viele von uns zu viele Jahre hinweg – bewusst oder unbewusst – verdrängt hatten: Trotz aller hehren Friedensbemühungen und Hoffnungen auf eine Welt ohne die Geißel sinnloser Kriege leben wir eben doch immer noch in einer zutiefst boshaften Welt, einer gefallenen Welt voll Gewalt, Hass und Zerstörung. Eigentlich war es noch nie anders!

Wir müssen als **freiheitliche Demokratien** deshalb wieder neu und konsequent über unsere **Verteidigungsfähigkeit, NATO-Bündnisverpflichtungen** und ureigensten **westlichen Werte- und Sicherheitsinteressen** nachdenken. Und dass es dabei auch einen sehr großen **Unterschied** macht, wer regiert, das müssen wir alle in Berlin derzeit schmerzhaft erfahren. Unter der **mangelnden Führung, Zögerlichkeit und Unklarheit der Bundesregierung Scholz** leidet Deutschlands Ansehen und Einfluss unter den westlichen Partnern massiv.

An den **neuen weltpolitischen Realitäten** führt indes kein Weg vorbei: Ohne hinreichende **Selbstbehauptungskraft, Besonnenheit und Verteidigungsfähigkeit** auf allen Ebenen könnte uns in den freiheitlichen Ländern Europas sonst früher oder später ein ähnliches Szenario wie in der Ukraine und in so vielen anderen Ländern dieser Welt drohen.

Als Christen hoffen wir auf den Frieden Gottes, der höher ist als unsere menschliche Vernunft. All unsere Gebete sind darum auch an diesem **Pfingstfest** wieder auf diesen, SEINEN Frieden gerichtet!

Gleichzeitig dürfen wir aber auch unsere verantwortungsethische politische Verpflichtung nicht vernachlässigen: Gerade wer den zeitlichen Frieden wirklich sichern und befördern will, muss neben der **aktiven Friedensarbeit** auf allen nur möglichen politischen Ebenen immer zugleich auch hinreichend auf die realen Bedrohungen vorbereitet sein. Ansonsten steht nicht weniger als unsere gesamte freiheitliche Art zu leben sowie unsere auf unverrückbaren Grundwerten basierende Demokratie auf dem Spiel!

Gottes Segen!

**Thomas Rachel MdB**

Bundvorsitzender des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU

## Inhaltsübersicht

- 03 | Politisches Handeln auf biblischer Grundlage
- 09 | Ablösung der Staatsleistungen an die Kirchen
- 10 | Werte im Journalismus
- 13 | Aus unserer Arbeit
- 14 | EAK-Studienreise





# *Politisches Handeln auf biblischer Grundlage*

Eine evangelisch-lutherische Perspektive

*Johannes Rehm*

**P**olitisches Handeln von Christen bedarf immer wieder neu der Vergewisserung über die eigenen im Glauben gründenden ethischen Orientierungen und Normierungen. Es stellen sich im politischen Alltag zwangsläufig regelmäßig diese Fragen: Welchem Menschenbild weiß ich mich als evangelisch-lutherischer Christ verpflichtet und was kann ich von daher politisch Hilfreiches für einen und in einem sozialen Rechtsstaat beitragen?

Von römisch-katholischen Christen bin ich in diesem Zusammenhang kürzlich diesbezüglich nach „der offiziell verbindlichen Sicht“ meiner Kirche zu diesem Themenkreis gefragt worden.<sup>1</sup>

Kann es eine solche normative Sicht überhaupt geben in einer evangelischen Kirche, welche über kein unfehlbares Lehramt verfügt? Nun sehe ich persönlich im Fehlen eines solchen Lehramts keinen Mangel, da ich dieses für durchaus fehlbar halte, sondern versuche im Folgenden einen „magnus consensus“, einen sozialetischen Grundkonsens, aus evangelisch-lutherischer Sicht zu formulieren, den ich hiermit gerne zur Diskussion stelle.

Zunächst sei mir eine Klarstellung erlaubt, die sich eigentlich von selbst versteht, aber gegenwärtig fragwürdig geworden zu sein scheint: Als evangelischer Pfarrer bin ich in meinem Reden und Tun inhaltlich ausschließlich auf Schrift und Bekenntnis verpflichtet, wobei die Bekenntnisschriften dem Schriftverständnis

dienen, während der Heiligen Schrift selbst nach evangelischem Verständnis eine alles kirchliche Reden und Gestalten normierende Bedeutung zukommt. Deshalb ist es mein vorrangiges pastorales Anliegen, dass Christen regelmäßig miteinander einen Blick in die Bibel selbst tun, welche bei der Beantwortung unserer Fragen doch entscheidend weiterhelfen kann. Die Denkschriften der Evangelischen Kirche in Deutschland prägten und beförderten begleitend über die Jahre in weiterführender Weise die politische Kultur in unserem Land. Sie ersetzen aber nicht die eigene unmittelbare immer wieder neue Auseinandersetzung eines evangelischen Christen mit dem biblischen Wort selbst.

**„Kann es eine solche normative Sicht überhaupt geben in einer evangelischen Kirche, welche über kein unfehlbares Lehramt verfügt?“**

Das evangelische sogenannte „Schriftprinzip“ gilt schließlich keineswegs nur für Ordinierte, sondern macht unsere Kirche erst zu einer evangelischen Kirche. Im Folgenden versuche ich nun in der Form der einfachen Gottesrede biblische Maßstäbe und evangelische Orientierungen für politisches Handeln und Gestalten zu gewinnen.<sup>2</sup>

Den Anfang allen Nachdenkens über den Menschen und seine Stellung in der Welt bildet der biblische Lobpreis des

Schöpfers. Dieser nimmt uns hinein in eine Haltung der Ehrfurcht vor dem großen und ewigen Gott und seinen Geschöpfen. Der Beter des 8. Psalms spricht uns das Gotteslob vor:

„Herr, unser Herrscher, wie herrlich ist dein Name in allen Landen, der du zeigst deine Hoheit am Himmel! Wenn ich sehe die Himmel, deiner Finger Werk, den Mond und die Sterne die du bereitet hast: was ist der Mensch dass du seiner gedenkst, und des Menschen Kind, dass du dich seiner annimmst? Du hast ihn wenig niedriger gemacht als Gott, mit Ehre und Herrlichkeit hast du ihn gekrönt. Herr, unser Herrscher, wie herrlich ist dein Name in allen Landen!“ (Ps 8, 2, 4–6, 10) Der Psalmbeter lehrt uns mit unserer Frage nach dem Menschenbild nicht grüblerisch und selbstquälerisch in uns selbst hinein zu horchen, sondern unseren Blick zum Himmel aufzuheben und Gott die ihm gebührende Ehre zu erweisen. Wir Menschen können nur immer wieder ehrfürchtig staunen über die Größe und die Güte Gottes. Dankbar dürfen wir die Schönheit der Schöpfung bewundern. Mit unseren klügsten Gedanken werden wir das Geheimnis Gottes in dieser Welt nicht letztgültig ergründen können. Aber, wenn wir aus dem Lobpreis Gottes heraus leben und handeln, dann sind wir lebenskluge, weise Leute. Allerdings rückt der Lobpreis Gottes uns auch

die Proportionen zurecht: Was ich bin als Mensch, das bin ich nicht aus eigener Tüchtigkeit und Vollkommenheit. Vielmehr weil der große und ewige

„*Wer nach dem christlichen Menschenbild fragt, blickt notwendig in das Gesicht des gekreuzigten Christus.*“

Gott sich meiner annimmt, weil Er meiner gedenkt und mir Ehre erweist, bin ich, was ich bin: ein Geschöpf Gottes unter anderen Geschöpfen – nicht mehr und nicht weniger. Die Bibel ermutigt uns gerade nicht dazu, uns in unserer Vorfindlichkeit selbst zu loben, sondern vielmehr Gott als den Schöpfer, Versöhner und den Erlöser dieses Kosmos Ehre zu erweisen. Das Lob, das wir zum Himmel senden, wird nicht leer zu uns zurückkommen.

Doch wie gedenkt Gott nun des Menschen? Wer nach dem christlichen Menschenbild fragt, blickt notwendig in das Gesicht des gekreuzigten Christus, den wir Christen als den Mensch gewordenen Gott glauben und verehren. Das Johannes Evangelium erzählt unmittelbar vor dem Bericht von Jesu Verurteilung, Kreuzigung und Tod Folgendes: „Da nahm Pilatus Jesus und ließ ihn geißeln. Und die Soldaten flochten eine Krone aus Dornen und setzten sie auf sein Haupt legten ihm ein Purpurgewand an und traten zu ihm und sprachen: Sei gegrüßt, König der Juden!, und schlugen ihm ins Gesicht. Und Pilatus ging wieder hinaus und sprach zu ihnen: Seht, ich führe ihn heraus zu euch, damit ihr erkennt, dass ich keine Schuld an ihm finde. Da kam Jesus heraus und trug die Dornenkrone und das Purpurgewand. Und Pilatus spricht zu ihnen: Sehet, welch ein Mensch!“ (Joh 19,1–5) Ecce homo: Jesus Christus ist der Mensch, dessen Gott gedachte, als er den Kreuzestod erlitt. Als Leidender ist er der wahre Mensch Gottes und so der Träger der Menschenwürde schlechthin. Diese Spannung, dass Gottes Herrlichkeit und Macht sich im Kleinen, Unscheinbaren, dem Verachteten und Schwachen erweist, durchzieht die ganze Bibel und gehört wesentlich zu den zentralen Grundlagen christlichen Glaubens. Im leidenden Christus verwirklicht sich die Ebenbildlichkeit des Menschen, auf welche die Menschenwürde jedes Menschen gründet. Oder in den Worten des Neuen Testaments: „Er ist das Ebenbild des unsichtbaren Gottes, der Erstgeborene vor aller Schöpfung.“ (Kol 1,15)

Doch wie kann dieser Glaube an Gott den Schöpfer Basis sein für unsere sehr irdische Politik? Gibt es eine christliche Politik und kann es eine solche überhaupt geben? Der christliche

Glaube bildet sehr wohl eine solide Basis für Menschen in der Politik. Mit der Klassifizierung einer bestimmten Politik als einer christlichen wäre ich hingegen eher zurückhaltend. Als Menschen können wir doch erst im Nachhinein beurteilen, ob eine bestimmte politische Maßnahme, die wir für vernünftig und erforderlich halten, unserem Nächsten gedient hat und so als Verwirklichung des christlichen Gebots der Nächstenliebe bezeichnet werden kann. Aber es ist aus meiner Sicht gerade heute freudig zu begrüßen und sehr zu wünschen, dass Politiker und Politikerinnen, die sich als getaufte Christen verstehen und sich als solche zu erkennen geben, aus der Kraft des christlichen Glaubens Politik gestalten. Was bedeutet es nun konkret als Christ politisch aktiv zu sein? Ich möchte auf Grundlage des christlichen Glaubens 12 sozialetische Kriterien bzw. Orientierungsmarken politischen Handelns benennen, die sich biblisch begründen lassen:

**1.** Die Unantastbarkeit der Würde jedes einzelnen Menschen, die unser Grundgesetz postuliert, ist unmittelbarer Ausdruck und Anwendung des biblischen Schöpfungsglaubens. Sie bildet das Grundkriterium allen politischen Gestaltens, das aus christlicher Glaubensüberzeugung heraus geschieht. „Es ist hier kein Unterschied zwischen Juden und Griechen; es ist über alle derselbe Herr, reich für alle, die ihn anrufen.“ (Röm 10, 12)

Die politische Herausforderung, die aus der Menschenwürde folgt, welche Geschöpfen Gottes eignet, besteht darin, für gleichwertige Lebensbedingungen und Entfaltungsmöglichkeiten für alle Menschen, unabhängig von Geschlecht, Nationalität, Alter und Einkommen bzw. Besitz zu sorgen.

**2.** Aus der Menschenwürde folgt notwendig ein Menschenrecht auf Arbeit, das bekanntlich beispielsweise auch die bayerische Verfassung ausdrücklich betont. Dabei können wir uns auf die Bibel selbst berufen, der es selbstverständlich ist, dass alle Menschen ein tätiges Leben führen und arbeiten, um für sich und die Ihren selbst zu sorgen.<sup>3</sup>

„Darum geht der Mensch hinaus an seine Arbeit und an sein Werk bis an den Abend.“ (Ps 104, 23)

Die politische Herausforderung, die aus einem Menschenrecht auf Arbeit erwächst, besteht wesentlich darin, gute Erwerbsarbeit im Sinne von erfüllendem Tätigsein für Alle zu einem auskömmlichen Lebensunterhalt zu ermöglichen, was auch im Zeitalter von Digitalisierung sogenannte einfache Arbeit miteinschließt, manchmal auch unabhängig von der Marktlogik.

**3.** Gott der Schöpfer ist der Herr der Zeit, der einen heilsamen Wechsel von Arbeit und gesegneter Ruhe gestiftet hat. Der Sonntag als arbeits- und ökonomiefreier Tag ist grundlegender soziokultureller Ausdruck der jüdisch-christlichen Tradition.

„Und Gott segnete den siebenten Tag und heiligte ihn, weil er an ihm ruhte von allen seinen Werken, die Gott geschaffen und gemacht hatte.“ (2. Mose 2, 2)

Die politische Herausforderung, die aus der Feiertagsheiligung folgt, besteht darin, sich im eigenen Tätigsein heilsam unterbrechen zu lassen und allen zur gleichen Zeit wöchentlich einen Ruhetag zu ermöglichen.

**4.** Unsere Umwelt ist und bleibt Gottes Schöpfung und damit eine Leihgabe des Schöpfers für die Menschheit, deren verantwortungsbewusste Gestaltung und Bewahrung uns allen gemeinsam anvertraut ist. Dieser Glaubensüberzeugung entspricht eine Haltung der respektvollen Achtsamkeit

gegenüber der Natur und allem Lebendigen, vor allem einschließlich des Tierwohls.

„Die Erde ist des Herrn und was darinnen ist, der Erdkreis und die darauf wohnen.“ (Ps 24, 1)

Die politische Herausforderung, die aus dem Schöpfungs-glauben folgt, besteht darin, sich als Geschöpf unter Geschöpfen zu verstehen, Natur, Um- und Mitwelt, sowie das Klima zu schützen, nachhaltig zu wirtschaften und unsere Welt für künftige Generationen zu erhalten.

**5.** Die biblische Überlieferung legt uns als Einzelne und als Gesellschaft die Lebensrechte der Armen dieser Welt und unseres Umfelds in ganz unmittelbarer Weise nachdrücklich ans Herz. Armenfürsorge und die Ermächtigung von Armen zur Selbstsorge sind selbstverständliche Folgen christlicher Glaubenspraxis.

„Schaffet Recht dem Armen und der Waise und helft dem Elenden und Bedürftigen zum Recht.“ (Ps 82, 3)

Die politische Herausforderung, die aus dem biblischen Ethos des Vorrangs der Armen folgt, ist darin zu erblicken, Strukturen zu schaffen bzw. sie so zu verändern, dass sie helfen Armut zu verhindern bzw. sie zu überwinden, Bettelarmen Neuanfänge zu ermöglichen und Ungleichheiten weltweit zu beseitigen.

**6.** Menschsein ist wesentlich ein Leben in zwischenmenschlichen Beziehungen. Durch das Gebot der Nächstenliebe weist der christliche Glaube uns und unsere Mitmenschen in ganz besonderer Weise aneinander.

„Du sollst den Herrn, deinen Gott, lieben von ganzem Herzen, von ganzer Seele und von ganzem Gemüt.“ (5. Mose 6, 5) – Dies ist das höchste und erste Gebot. Das andere aber ist dem gleich: ‚Du sollst deinen Nächsten lieben wie dich selbst‘ (5. Mose 19, 18) In diesen beiden Geboten hängt das ganze Gesetz und die Propheten.“ (Mt 22, 37ff.)

Die politische Herausforderung ergibt sich bereits aus dem notwendigen Wettstreit des politischen Alltags: Wie kann ich denn einen konkurrierenden Parteifreund oder den politischen Gegner lieben wie mich selbst? Das Gebot Gottes kapituliert aber nun gerade nicht vor solcher menschlicher Liebesunfähigkeit, sondern legt uns den uns fremden oder mit uns konkurrierenden Anderen nachdrücklich ans Herz.

**7.** Gerechtigkeit im umfassenden Sinn ist die zentrale über diese Welt hinausreichende christliche Hoffnung. Aber schon jetzt setzt uns Christen diese Hoffnung in Bewegung, nach Kräften für Bedarfs-, Verteilungs- und Chancengerechtigkeit in unserer Gesellschaft einzutreten und selbst dazu beizutragen.

„Wer der Gerechtigkeit und Güte nachjagt, der findet Leben, Gerechtigkeit und Ehre.“ (Spr 21, 21)

Die politische Herausforderung, die aus der biblischen Rede von der Gerechtigkeit erwächst, besteht für Christen darin, als von Gott Gerechtfertigte in einer globalisiert vernetzten Welt immer wieder neu für Gerechtigkeit weltweit und vor Ort im umfassenden Sinn einzutreten und für sie selbst zu sorgen.

**8.** Frieden zwischen den Menschen zu befördern, ist Inhalt jeder verantwortlichen Politik. Die Hoffnung auf das Friedensreich Gottes befähigt Christen schon heute, als Friedensstifter in ihrem Umfeld tätig zu werden.

„Selig sind, die Frieden stiften; denn sie werden Gottes Kinder heißen.“ (Mt 5, 9)

Die politische Herausforderung ergibt sich aus der Friedlosigkeit dieser Welt leider fast von selbst, in welcher offensichtlich sehr viele Menschen mit uns zusammenleben, die aus den

unterschiedlichsten Gründen gewaltbereit und friedlos sind. Eine Welt, von der gilt, dass sie zu befrieden ist und deshalb gerade nichts dringender braucht als unverdrossene Friedensstifter in den großen und kleinen Konflikten dieses Lebens.

**9.** Die Bibel lehrt uns den Respekt vor dem Alter und vor den Alten. Einer Politik aus dem Geist christlichen Glaubens sind der Einsatz für die Lebensrechte und die Wohlfahrt von Alten eine selbstverständliche Verpflichtung.

„Vor einem grauen Haupt sollst du aufstehen und die Alten ehren und sollst dich fürchten vor deinem Gott; ich bin der Herr.“ (3. Mose 19, 32)

Die politische Herausforderung ergibt sich aus dem demographischen Wandel und der Beschleunigung aller Lebens- und Arbeitsvollzüge im Zeitalter der Digitalisierung, die häufig zu divergierenden Lebenserfahrungen und Lebenshaltungen zwischen den Generationen führen.

**10.** Christen sind sich ihrer eigenen Fehlbarkeit bewusst: Menschen machen Fehler und werden schuldig, oft unbemerkt und absichtslos, aber sie können auch aus Fehlern lernen und etwaige eigene Schuld bekennen und dafür Vergebung erbitten, was keineswegs eine Schande ist, denn der christliche Glaube ermöglicht Neuanfänge.

„Und vergib uns unsere Schuld, wie auch wir vergeben unsern Schuldigern.“ (Mt 6, 12)

Die politische Herausforderung besteht in der Etablierung einer Kultur des fortlaufenden Lernens und der kontinuierlichen Selbstkorrektur politisch Verantwortlicher aus eigenen und fremden Fehlern im öffentlichen Raum, der auf selbstgerechte Selbstbehauptung bis hin zu medialer selbstverliebter Selbstinszenierung hin angelegt ist.

**11.** Christen verstehen ihren Beruf als Berufung Gottes. Gott dem Herrn wissen sie sich letztverantwortlich in dem Wissen, dass es seines Segens bedarf, wenn menschliches Tätigsein gelingen soll.<sup>4</sup>

„Deshalb beten wir auch allezeit für euch, dass unser Gott euch würdig mache der Berufung und vollende alles Wohlgefallen am Guten und das Werk des Glaubens in Kraft, damit bei euch verherrlicht werde der Name unseres Herrn Jesus und ihr in ihm nach der Gnade unseres Gottes und des Herrn Jesus Christus.“ (2. Thess 1, 11f.)

Die politische Herausforderung liegt in der selbstverständlichen Weltorientierung des christlichen Glaubens, der im Arbeitsalltag unter keineswegs idealen Bedingungen im säkularen Umfeld gelebt und praktiziert sein will.

**12.** Christen sind als Menschen zur Hoffnung berufen: Sie vertrauen darauf, dass Gott in und über diese Welt das letzte Wort hat und sie selbst zur Vollendung seiner neuen Schöpfung führen wird.

„Seid allezeit bereit zur Verantwortung vor jedermann, der von euch Rechenschaft fordert über die Hoffnung, die in euch ist.“ (1. Petr 3, 15)

Die politische Herausforderung besteht darin, das Hoffnungspotential des christlichen Glaubens in dieser Welt unter oft hoffnungslosen Umständen für die Mitmenschen konkret wirksam werden zu lassen ohne sich an diese endliche Welt in ihrer Vorläufigkeit zu verlieren.

Mit diesen 12 sozialetischen Kriterien will ich zeigen, dass sich aus dem christlichen Glauben sehr wohl Orientierungen und konkrete Perspektiven für gegenwärtiges politisches



Handeln ableiten lassen, die sich verändernd auf die politische Praxis insgesamt auswirken. Es ist doch zweifelsohne bedeutsam und unerlässlich, die richtigen, die verheißungsvollen und die bewährten Ziele zu verfolgen, die nicht in jeder Generation und von jedem Einzelnen neu erfunden werden können. Sinnvoller scheint es mir vielmehr zu sein sich der jüdisch-christlichen Tradition anzuvertrauen und sich in sie einzufügen, wie sie in der biblischen Überlieferung ihren Niederschlag gefunden hat. Doch selbst wenn sich die hier vorgelegten sozialetischen Kriterien als konsensfähig erweisen würden, dann bliebe aber doch auch bei jeder einzelnen These die schmerzliche Wahrnehmung des Widerspruchs zwischen moralischem Anspruch und praktischer Erfahrung. Ist also programmatischer Idealismus womöglich verzichtbar und durch politischen Pragmatismus ersetzbar? Häufig trennt offensichtlich nur ein schmaler Grad den Pragmatismus vom Zynismus? Hilfreich ist doch da die Besinnung auf einen biblischen Realismus, welcher den Anspruch von Gottes Gebot nicht abschwächt, aber die Erfahrung des Scheiterns an den eigenen Zielen offen mit anspricht. Keinem engagierten Menschenleben bleibt diese Erfahrung des Paulus erspart: „Wollen habe ich wohl, aber das Gute vollbringen kann ich nicht. Denn das Gute, das ich will, das tue ich nicht; sondern das Böse, das ich nicht will, das tue ich. Wenn ich aber tue, was ich nicht will, vollbringe nicht mehr ich es, sondern die Sünde, die in mir wohnt.“ (Röm 7, 18bff.)

Die Rede von der Sünde hat auch in den Kirchen heute Seltenheitswert, weil mit ihr scheinbar unvermeidlich missverständliche Assoziationen von kleinbürgerlicher Moral verbunden sind, die vom biblischen Ethos deutlich zu unterscheiden ist. Sünde verstanden als das urmenschliche und unausrottbare Bedürfnis nach von Gott unabhängiger oder Gottes Gebot entgegengesetzter eigenmächtiger und eigensüchtiger Lebensgestaltung, ist sehr wohl weiterhin Bestandteil eines biblisch begründeten christlichen Menschenbilds. Menschliche Sündhaftigkeit kann sich einen individuellen als auch einen strukturellen Ausdruck verschaffen. Sie scheint in der Lage zu sein, etwa die genannten 12 sozialetischen Kriterien zu konterkarieren. Nicht selten kommt sie im Gewand von Verzagttheit und Fatalismus daher.

Denn, diese Einwände und Bedenken sind uns allen aus der politischen Praxis nur allzu vertraut:

1. Menschenwürde ist selbstverständlich gut und schön, aber was ist mit den Menschen, die sich nicht der ihnen eigenen Würde entsprechend verhalten?
2. Arbeit für alle ist folgerichtig ebenfalls gut und schön, aber was ist, wenn das Kapital bzw. die Rendite gerade nicht reicht, um allen faire Löhne zu zahlen?
3. Sonntagsruhe ist unbedingt gut und schön, aber was ist mit den Mitmenschen mit nichtchristlichem Hintergrund und säkularen Zeitrhythmen?
4. Umweltschutz ist absolut gut und schön, aber ich werde doch noch schnell unterwegs und mobil sein dürfen?
5. Armutsorientierung ist fraglos gut und schön, aber was ist mit denjenigen, die Chancen nicht nutzen und gesellschaftliche Gegebenheiten einfach nicht verstehen können?
6. Nächstenliebe ist grundsätzlich auch gut und schön, aber was ist denn mit denjenigen, die lieblos und aggressiv kommunizieren und handeln?

7. Gerechtigkeit ist selbstverständlich gut und schön, aber wie sollen wir umgehen mit Menschen, die fortgesetzt Unrecht tun und sich selbstgerecht verhalten?
8. Frieden ist natürlich gut und schön, aber wie kann ich in Frieden leben mit Menschen, die mich bekämpfen und mit mir offensichtlich nicht in Frieden leben wollen?
9. Wertschätzung des Alters ist ohne jede Frage gut und schön, aber wer kann das auch künftig noch bezahlen und wer hat für die Alten so viel Zeit?
10. Schuldbekennnisse sind ebenfalls gut und schön, aber kann ich denn meine Position im gesellschaftlichen Miteinander von vorneherein so schwächen lassen, indem ich Anderen als verzagt erscheine?
11. Beruf verstanden als Berufung ist wirklich gut und schön, aber wie schütze ich mich dann vor Ausbeutung, Selbstaussaugung und Burn-Out?
12. Hoffnung, wie gut und schön ist das, aber wie kann ich weiterhin Hoffnung bewahren in hoffnungslosen Lagen in Auseinandersetzung mit Menschen, die ganz andere Hoffnungen hegen und andere Ziele verfolgen?

Mit diesen Einwänden möchte ich nun keineswegs die eingangs vorgestellten sozialetischen Kriterien für politisches Handeln nachträglich aushebeln und konterkarieren. Im Gegenteil: Es ist bestimmt keine Sünde, sich kritische Fragen auf dem Hintergrund der eigenen Lebenserfahrung zu stellen. Das Evangelium lässt sich nicht aus der praktischen Vernunft ableiten. Denn die sozialetischen Orientierungen unseres politischen Handelns müssen sich im politischen Alltag, der von mancher Unzulänglichkeit geprägt ist, konkret bewähren und sie sollen doch unsere Lebensverhältnisse und die unserer Mitmenschen verbessern und verändern. Dies kann selbstverständlich alles nur auf der soliden Basis einer differenzierten und realistischen fachlichen Analyse gelingen. Aber der christliche Glaube ermutigt uns andererseits nicht, das Vorfindliche als unveränderlich festzuschreiben. Christen sind zur Hoffnung berufen. Nichts muss und nichts wird bleiben, wie es ist. Diese christliche Hoffnung ist mehr als ein Gefühl. Sie hat einen Namen. Und sie hat nachweislich eine die Menschen und die gesellschaftlichen Verhältnisse verändernde Kraft, denn es handelt sich um eine eminent politische Hoffnung: „Siehe da, die Hütte Gottes bei den Menschen! Und er wird bei ihnen wohnen, und sie werden seine Völker sein, und er selbst, Gott mit ihnen, wird ihr Gott sein; und Gott wird abwischen alle Tränen von ihren Augen, und der Tod wird nicht mehr sein, noch Leid noch Geschrei noch Schmerz wird mehr sein; denn das Erste ist vergangen.“ (Offb 21, 3f).

Das ist die großartige überzeitliche christliche Hoffnungsperspektive, dass Gott selbst einst diese Welt am Ende der Zeit neu erschafft, welche uns Christen heute das notwendige Durchhaltevermögen für unseren Alltag zu verleihen vermag, aber uns sofort auch zugleich beauftragt, befähigt und ermutigt unsererseits in unserem Rahmen und unserem Umfeld auf dieser unserer Erde Missstände abzustellen, Leid zu lindern und so einfach selbst für Andere zu Menschen zu werden, die zu Hoffnung Anlass geben.

„Das Evangelium lässt sich nicht aus der praktischen Vernunft ableiten.“



Doch wie kann man langfristig als Christ leben und arbeiten in dieser Dauerspannung zwischen Anspruch und Wirklichkeit, zwischen Gegenwart und Zukunft ohne hin- und hergerissen oder gar aufgegeben zu werden, ohne abgekämpft, mut- und kraftlos oder – genauso schlimm – abgestumpft und zynisch zu erscheinen sowie im politischen Engagement zu erlahmen? Allein auf sich selbst gestellt, scheint es mir einfach nicht zu gehen und dauerhaft unmöglich zu sein, dieser Spannung standzuhalten und die damit verbundene Zerrreiprobe zu ertragen.

Mit dieser Spannung bin ich aber glücklicherweise gerade nicht allein, weil ich Teil einer großen Gemeinschaft bin. Von Martin Luther nun ist hier die immer wieder neue heilsame Rückbesinnung auf die eigene Taufe zu lernen: Ich bin getauft, deshalb darf ich mich von Gott in meinem Personsein einschließlich meiner Fehlbarkeit und Begrenztheit angenommen und geliebt wissen. Allerdings gliedert mich die Taufe in die Kirche Jesu Christi ein, zu der Menschen gehören, denen ich mich sehr eng verbunden weiß, aber auch solche, die ich mir selbst nicht herausgesucht hätte. Die Taufe hat ekklesiologische, aber damit verbunden auch soziaethische Konsequenzen: Frauenverachtung, Rassismus, Ausgrenzung Andersdenkender und von Minderheiten verbieten sich von selbst für Christen, die sich als geliebte Kinder Gottes zu verstehen gelernt haben. Nicht zuletzt ist die Taufe auch für mich als evangelischen Christen das wechselseitig anerkannte kumenische Sakrament, das mich mit meinen katholischen Mitchristen verbunden sein lässt. Von daher kann ich mich nicht damit abfinden, dass es noch immer keine kumenische Abendmahlsgemeinschaft zwischen getauften Christen gibt, was das christliche Zeugnis in der säkularen Welt nachhaltig schwächt.<sup>5</sup> Das Abendmahl ist das Sakrament der Gegenwart Jesu Christi in dieser unerlösten Menschenwelt, welche überhaupt nicht so ist, wie sie sein sollte. Dieses Mahl vermag uns zu stärken und zu helfen in den Spannungen und Widersprüchen dieser Welt zu bestehen, denn es spricht uns persönlich die vergebungsbereite Nähe unseres Vershners zu. Es ermöglicht uns bereits jetzt einen Vorgeschmack auf eine Welt in der die Gerechtigkeit im umfassenden Sinn dann endgültig herrschen wird. Insofern nimmt das politische Engagement und die gesellschaftliche Verantwortungsübernahme von

Christen vom Gottesdienst der versammelten Gemeinde her seinen Ausgang. Christliche Politiker brauchen und leben aus dem Zuspruch des Evangeliums. Aber die Kirchen brauchen auch die Zugehörigkeit und Verbundenheit politisch Verantwortlicher, um die anspruchsvolle Herausforderung des politischen Alltags nicht zu übersehen und die sich ergebenden Schwierigkeiten und Spannungen unrealistisch zu unterschätzen. Legen sich die Kirchen nicht in unserer nach Orientierung suchenden Gesellschaft als weltzugewandte und beredte Zeugen einer evangelischen Soziaethik und einer katholischen Soziallehre nahe?

*„Wie kann man langfristig als Christ leben und arbeiten in dieser Dauerspannung zwischen Anspruch und Wirklichkeit?“*

Nun scheinen mir die Kirchen in Deutschland gegenwärtig wieder einmal in eine sehr schwierige Phase einer tiefgehenden und weitverbreiteten Verunsicherung geraten zu sein, die durch die Corona-Pandemie noch einmal viel deutlicher zu Tage getreten ist. Das Vertrauen in die eigene missionarische Kraft scheint mir häufig nur sehr unzureichend vorhanden zu sein. Tragen die eigenen Glaubensgrundlagen im 21. Jahrhundert noch und gelten uns als Kirche weiterhin die biblischen Verheißungen? Nicht wenige Verantwortliche beklagen öffentlich einen Bedeutungs-, Relevanz- oder Resonanzverlust der Kirchen auf dem aktuellen Hintergrund der Erfahrung nicht allgemein für systemrelevant gehalten zu werden. Vermag denn eine Kirche, die sich in einer Grundlagenkrise befindet, überhaupt politischen Entscheidungsträgern den notwendigen geistlichen und seelsorgerlichen Halt geben? Auch für mich selbst muss ich sagen, dass mich in diesem Zusammenhang die gegenwärtige Zunahme der Kirchenaustrittszahlen sehr schmerzen: Jeder und jede, der oder die sich von der Kirche abwendet, ist für die kirchliche Gemeinschaft ein Verlust. Allerdings ist eine larmoyante Klage nicht hilfreich. Auch ein übereilter Rückbau bewährter Strukturen und die vorschnelle Aufgabe von bisherigen Arbeitsfeldern ist phantasielos und deshalb genau das Falsche. Unter dem Eindruck der aktuellen Krise finden vielerorts Zusammenlegungen von Gemeinden sowie Zentralisierungen von berparochialen Diensten statt, es

werden kirchliche Häuser in Frage gestellt oder gar aufgegeben. Damit rückt die Kirche insgesamt zwangsläufig vielen Menschen wieder ferne und zieht sich zunehmend weiter aus der Öffentlichkeit zurück. Zielführend erschien mir vielmehr eine selbstkritische, bußfertige Besinnung auf unseren Auftrag als Kirche und auf dessen biblische Grundlagen, um dann, vom Auftrag selbst her, entscheidungsfähig zu werden. Denn möglicherweise haben wir bisher innerkirchlich viel zu viel Energie auf die Erneuerung der äußeren Form unserer Verkündigung wie der Stratifizierung unserer Strukturen verwandt und eher zu wenig auf ihren theologischen Inhalt bzw. ihren geistlichen Gehalt. Die gegenwärtig zunehmende Nutzung digitaler Technik für die Verkündigung ist grundsätzlich zu begrüßen, darf aber nun nicht zulasten der inhaltlichen theologischen Qualität gehen. Ich halte es nicht für verheißungsvoll und erstrebenswert um jeden Preis, ein wichtiger „Player“ in der Gesellschaft sein zu wollen, denn es geht doch geistlich niemals um Angabe, sondern immer und vor allem mit aller Ernsthaftigkeit um Hingabe. Nun weiß ich selbst, wie schwer das ist, weil die Hingabe an das Evangelium uns immer auch in der doppelten Bedeutung des Wortes an den Rand bringt und uns eben nicht zuletzt an den sogenannten Rand der Gesellschaft führt hin zu denen, die vom Bergprediger Jesus von Nazareth seliggepriesen werden: Arme, Kranke, Alte, Sterbende usw. Der Dienst der Kirche wird deshalb immer wieder zwangsläufig am Rand und im Verborgenen stattfinden. So paradox es klingen mag: Wenn wir als Kirchenleute nicht mehr ängstlich auf unsere Wirkung, Bedeutung, Resonanz schielen würden, sondern unsere ganze Hingabe dem Evangelium gelten würde, dann würde uns mit Sicherheit von daher eine inhaltlich qualifizierte Bedeutung sowie die entsprechende Resonanz schon wieder zuwachsen, und zwar dann, wenn es an der Zeit ist. Das beinhaltet jedenfalls die biblische Verheißung, deren Wahrheit sich im Laufe der Kirchengeschichte und in zahlreichen Lebenserfahrungen immer wieder aufs Neue erwiesen hat. Mir muss es letztlich völlig egal sein, ob ich persönlich für systemrelevant gehalten werde, und ich mag über diese nutzlose Frage gar nicht weiter nachdenken, sondern ich glaube und verkünde Gott als den Schöpfer, Versöhner und Erlöser dieser Welt, der noch systemrelevant sein wird, wenn alle anderen heute vorläufig Systemrelevanten längst nicht mehr sein werden. Ps 127, 1 heißt es: „Wenn der Herr nicht das Haus baut, so arbeiten umsonst, die daran bauen.“ Ist das in unserer Kirche wirklich unsere Glaubensgewißheit, unsere gesellschaftsverändernde Hoffnung und unser persönliches Zeugnis? Und wenn dies erfreulicherweise so sein sollte: wann fangen wir dann damit an in den Beratungen unserer Kirchenvorstände, Presbyterien und Synoden in unserem praktischen Handeln und im konkreten Entscheiden uns am Wort Gottes selbst auszurichten, anstatt, wie ich es meistens erlebt habe, vorrangig an wirklichen oder vermuteten Erwartungen und Bedürfnissen unserer Mitmenschen? Eine Sitzung, in der man nach der ritualisierten Andacht unverbunden zum weltlichen Tagesgeschäft übergeht, verfehlt den umfassenden Anspruch des Evangeliums.

„Ich halte es nicht für verheißungsvoll und erstrebenswert um jeden Preis, ein wichtiger ‚Player‘ in der Gesellschaft sein zu wollen.“

Zum Abschluss: Wir sollten es bitte nicht vergessen. Der soziale Rechtsstaat, in dem wir miteinander leben dürfen, wofür Grundgesetz und die mir landsmannschaftlich sowie inhaltlich ebenfalls bedeutsame bayerische Verfassung einen aus meiner Sicht bewährten, verlässlichen Rahmen bilden, verdankt Form und Inhalt Menschen, die vom christliche Glauben geprägt waren. Es stehen Glaubensgrundlagen dahinter, die evangelische und katholische Kirche miteinander in ökumenischer Gemeinschaft verbinden. Evangelische Sozialethik und katholische Soziallehre haben einen weitreichenden Konsens praxisrelevanter ethischer Grundlagen gemeinsam, welche für die wünschenswerte weitere ökumenische Annäherung der Kirchen einen förderlichen Katalysator bilden können. Der soziale Rechtsstaat basiert in unserem Land insofern auf Grundlagen, die wir nicht gelegt haben, die auch nicht exklusiv uns gehören, aber auf die wir uns berufen dürfen und an denen wir uns m.E. auch weiterhin orientieren sollten. Diese biblischen Grundlagen bilden allerdings kein harmloses Kulturgut, von dem wir uns immer umfassend bestätigt fühlen dürften, sondern sie fordern uns täglich kritisch immer wieder neu zur Umkehr heraus. Menschliches und göttliches Recht sind nicht einfach dasselbe, deshalb werden bei strittigen Themen, wie beispielsweise dem Kirchenasyl, immer wieder christliches Menschenbild und sozialer Rechtsstaat miteinander in eine konstruktive Spannung geraten. Aus diesem Grund ist der Dialog zwischen Kirchen und Parteien nicht immer einfach, aber für alle Seiten dringend notwendig, vor allem dann, wenn die nicht sofort konsensfähigen Themen offen mit angesprochen werden. Wenn wir in den zugegebenermaßen gewaltigen und häufig verwirrenden aktuellen Herausforderungen uns diesen kritisch-selbstkritischen Dialog gefallen lassen oder es sogar wieder neu lernen so als Geschöpfe Gottes zu leben, dann, das ist meine feste Gewissheit, dürfen wir die Erfahrung machen, dass diese Grundlagen die erforderliche Kraft in sich haben, auch uns selbst zu tragen.<sup>6</sup> Diese Erfahrung des Gehaltenseins und des Getragenseins darf ich uns allen in diesen schwierigen Zeiten der Pandemie wünschen und für uns von unserem Schöpfer erbitten.

- 1 Die Fragestellung dieses Beitrags, der für die Drucklegung grundlegend aktualisiert, ergänzt und überarbeitet wurde, verdankt sich einer Vortragseinladung an mich von Staatsminister a.D. Dr. Thomas Goppel vor einigen Jahren.
- 2 Zur theologischen Sprachform der einfachen Gottesrede vgl. Friedrich Mildenerger, *Biblische Dogmatik*, Bd. 1, Stuttgart 1991, S. 14ff.
- 3 Vgl. Johannes Rehm, Hans G. Ulrich (Hrsg.), *Menschenrecht auf Arbeit? Sozialethische Perspektiven*, Stuttgart 2009.
- 4 Vgl. Johannes Rehm, „In Gottes Namen fang ich an...“. *Arbeit als Berufung*, in: Peter Zimmerling (Hrsg.), *Handbuch Evangelischer Spiritualität*, Bd. 3, Göttingen 2020, S. 760ff.
- 5 Vgl. Johannes Rehm, *Eintritt frei! Plädoyer für das ökumenische Abendmahl*, Düsseldorf 2002.
- 6 Zur Geschöpflichkeit als Voraussetzung und Grundlegung von Ethik vgl. Hans G. Ulrich, *Wie Geschöpfe leben. Konturen evangelischer Ethik*, Münster 2005.



*Pfarrer Dr. theol. Johannes Rehm*

ist Leiter des Kirchlichen Dienstes in der Arbeitswelt der Evang.-Luth. Kirche in Bayern sowie apl. Professor für Praktische Theologie an der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg.



# Ablösung der Staatsleistungen an die Kirchen

Lars Rohwer MdB und Sophie Schirmer

Im Jahr 2021 erhielten die Landeskirchen insgesamt 672 Millionen Euro an Staatsleistungen durch die Bundesländer. Geht es nach der neuen Bundesregierung, ist dies eine Menge Geld, die den Kirchen demnächst im Haushalt fehlen könnte. Deswegen möchten wir kurz aufzeigen, aus welchen historischen Umständen heraus diese Leistungen entstanden sind und wie sich eine Ablösung in der Zukunft gestalten könnte.

Staatskirchenleistungen erhalten die evangelischen Landeskirchen und die katholische Kirche in Deutschland als Gegenleistung für die Enteignungen im Verlaufe der zunehmenden Säkularisierung. Historisch finanzierten sich die Kirchen vor allem durch die Bewirtschaftung des eigenen Landes durch die angeschlossenen Klöster. Der Westfälische Frieden von 1648 zog umfassende Enteignungen der Evangelischen Kirche nach sich. Als Entschädigung für den Verlust ihrer Einnahmequellen durch die Enteignungen zahlten die Landesfürsten der Kirche Ausgleichssummen. Durch den Reichsdeputationshauptschluss von 1803 und den damit verbundenen Gebietsabtretungen an Frankreich folgten hauptsächlich auf der katholischen Seite ein weiterer Verlust von Ländereien und Klöstern, wodurch weitere Entschädigungszahlungen durch den Staat entstanden.

Diese Zahlungen sind also nicht zweckgebunden, sondern gehen auf Enteignungen der Kirchen durch den Staat zurück und sind somit klar abzugrenzen von Zahlungen, die die Kirchen für die Wahrnehmung gesellschaftlicher Aufgaben, wie zum Beispiel den Religionsunterricht an staatlichen Schulen oder das Betreiben von Krankenhäusern, erhalten. Trotzdem stellen die momentan Staatsleistungen einen ordentlichen Bereich des Haushaltes dar, aus dem sich ein breites Angebot für die ganze Gesellschaft und für alle Altersgruppen erstreckt.

Fakt ist auch, dass das Unrecht von damals finanziell abgegolten werden muss. Hinzu kommt die Frage, wie sich der Wert der Ländereien bis in die Gegenwart entwickelt hätte und auf welche Höhe sich heute ihr Wert bemessen würde.

Mit der Weimarer Republik endete die Monarchie in Deutschland und die Zahlungen der Fürsten an die Landeskirchen mussten neu geregelt werden. So wurde sich für eine Ablösung der Staatsleistungen entschieden. Im Artikel 138 der Weimarer Reichsverfassung heißt es:

„Die auf Gesetz, Vertrag oder besonderen Rechtstiteln beruhenden Staatsleistungen an die Religionsgesellschaften werden durch die Landesgesetzgebung abgelöst. Die Grundsätze hierfür stellt das Reich auf“. Das deutsche Grundgesetz übernimmt später den Artikel 138 der Weimarer Verfassung in Artikel 140, sodass die Ablösung der Staatsleistungen ein Verfassungsauftrag ist, der seit 100 Jahren besteht. Die Voraussetzung für die Ablösung ist also ein Grundsatzgesetz, das durch den Bund beschlossen werden muss, anhand welchem die Länder anschließend die Staatsleistungen abwickeln können. Der Bund hat bisher kein Grundsatzgesetz erlassen und damit seinen Verfassungsauftrag noch nicht erfüllt, sodass die christlichen Kirchen

so lange Staatsleistungen durch die Länder erhalten, bis diese sie durch eine Ablösung entschädigen.

In der vergangenen Legislaturperiode wurde über einen Gesetzesentwurf der Fraktionen FDP, DIE LINKE und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN abgestimmt. Hier wird sich am Äquivalenzprinzip orientiert und die Höhe der Abschläge soll das 18,6-fache der jährlichen Zahlungen betragen. Die Abzahlung kann dann als Einmalzahlung oder in Raten geschehen, wobei die vollständige Ablösung innerhalb von 20 Jahren nach dem Inkrafttreten des Gesetzes abgeschlossen sein soll. Der Entwurf sieht vor, dass die Länder die Staatsleistungen weiterzahlen, bis die vollständige Ablösung erfolgt ist.

Aus unserer Sicht ist dies ein Vorschlag, auf dessen Basis man weiterarbeiten könnte und auch die Kirchen haben diesen Entwurf als eine gute Grundlage für weitere Verhandlung gewürdigt. Allerdings wird der Faktor von 18,6 als zu niedrig empfunden und sollte durchaus im Bereich zwischen 20 und 30 liegen. Hinzu kommt, dass es für uns als ostdeutsche Christen untragbar erscheint, sich an einem Gesetzesentwurf zu diesem Thema zu beteiligen, der unter anderem von einer Partei eingereicht worden ist, die sich bisher nicht von dem an Christen in der DDR begangenen Unrecht distanziert hat.

Im Koalitionsvertrag der neuen Bundesregierung wird die Ablösung der Staatsverträge ebenfalls thematisiert. Allerdings ist hier nicht mehr die Rede vom Äquivalenzprinzip, sondern von fairen Bedingungen. Was dies genau bedeutet, wird sich erst zeigen müssen.

Neben der Möglichkeit der Ablösung durch einen Faktor besteht auch die Möglichkeit einen Zinssatz von 4% an die jährlichen Zahlungen anzusetzen, sodass mit dem Ziel einer Verdopplung nach einem Zeitrahmen von 25 Jahren alle Ansprüche abgegolten wären.

Unabhängig davon, ob sich für eine Ablösung durch das Äquivalenzprinzip oder durch Verzinsung entschieden wird, ist es wichtig, dass die Kirchen einen festen Platz am Verhandlungstisch bekommen und nicht als reine Beobachter fungieren. Auch die CDU/CSU-Fraktion als größte Oppositionsfraktion im deutschen Bundestag muss bei den Verhandlungen eingebunden werden, um einen breiten Konsens zu finden, der auf einem festen Boden steht. Dies gewährt den Kirchen die Planungssicherheit, die dringend notwendig ist. Denn die Kirche ist kein Konzern, den man einfach umbauen kann. Wir brauchen in dieser Angelegenheit einen breiten Konsens, der eint.

„Für uns als ostdeutsche Christen erscheint es untragbar, sich an einem Gesetzesentwurf zu beteiligen, der von einer Partei eingereicht worden ist, die sich nicht vom in der DDR begangenen Unrecht distanziert hat.“



# Werte im Journalismus

Dr. Burkhard Budde

- 1.** Sind Werte eine **Spaßbremse** im Journalismus? Gibt es nicht andere Themen wie die Fragen nach der Struktur, dem Geld, der Macht, des Einflusses, die wichtiger und dringender sind?

Als Schüler und Student war ich freier Mitarbeiter einer Lokalredaktion in meiner Heimatstadt Bünde in Westfalen. Werte, die mich vor allem durch das Elternhaus, den Kindergarten, die Schule, den Konfirmandenunterricht, die kirchliche Jugendarbeit, aber auch durch den Freundeskreis und den Medienkonsum geprägt hatten, brachte ich mit. Alte Werte wie Toleranz und Vorurteilslosigkeit wurden in der journalistischen Praxis ganz neu erlebbar, wenn ich zum Beispiel über Veranstaltungen berichten sollte, die mir bislang unbekannt waren oder als „nicht so wichtig“ erschienen. Ich lernte beispielsweise die Faszination der Blasmusik auf Menschen kennen, die Freude anderer, die beim Züchten von Tauben und Kaninchen aufkam oder die anziehende und ausstrahlende Welt der Frömmigkeit mit vollmächtigen Predigten beim damaligen Bänder Missionsfest.

Werte wie **Toleranz und Vorurteilslosigkeit** können Türen zu unbekanntem Lebensbereichen öffnen.

- 2.** Sind Werte mit einem schönen **Abendkleid** zu vergleichen, das man nur bei Festveranstaltungen trägt, das aber sonst im Kleiderschrank hängt?

Während meiner Semesterferien – ich studierte in Münster Ev. Theologie, Publizistik und Philosophie – hatte ich die

Möglichkeit, ein Teilzeitvolontariat beim *Herforder Kreisblatt* und ein Kurzvolontariat beim *Deutschlandfunk* in Köln zu absolvieren. Ich erlebte keinen „Praxischock“, aber eine Konfrontation von Werten mit der Praxis. Nach welchen Kriterien sollten beispielsweise eine Reportage oder eine Presseschau angefertigt werden? Nach der Aktualität? Nach der Bedeutsamkeit? Nach der Bekanntheit? Nach Auflagenhöhe? Nach Tendenz? Nach Sympathie? Und wieviel Zeit und Raum ist angesichts von „Sachzwängen“ für eine gründliche Recherche und „umfassende“ Berichterstattung nötig und möglich? Was kann – vor wem? – verantwortet werden? Immer häufiger verspürte ich die Subjektivität bei der Auswahl, Gewichtung, Interpretation und Gestaltung der „Stoffe“ und „Personen“, die ich zitierte bzw. die zu Wort kommen sollten.

Werte müssen im journalistischen Alltag immer wieder neu verstanden, interpretiert, priorisiert und umgesetzt werden, damit sie **persönlich verantwortet** werden können.

- 3.** Können Werte wie ein **Korsett** die journalistische Arbeit einbinden, behindern oder verhindern oder zur Moralisierung der Meinungsfreiheit sowie zur Doppelmoral führen?

Als Pressevikar bei einem kirchlichen Verband konnte ich erleben, dass es „vorgegebene Werte“ eines Arbeitgebers gibt und ein Mitarbeiter loyal zu sein hat. Ich fragte mich: Darf in einem Artikel nur mit Zustimmung des Chefredakteurs Kritik geäußert werden, selbst wenn sie gründlich recherchiert, sachlich belegbar, allgemein nachvollziehbar ist und der Wahrheitsfindung



dient? Ist konstruktive Kritik, die informieren, erklären, aufklären und erneuern will, eine Majestätsbeleidigung, wenn es um Gesinnungsfreunde geht eine journalistische Selbstverständlichkeit, wenn es um Gesinnungsgegner geht? Sollte ich in Zukunft beim Anfertigen von „kritischen Berichten“ lieber die Schere im Kopf bemühen, vorseilenden Gehorsam leisten, mich den vorgegebenen Werten des „mächtigen“ Chefredakteurs, der in Sonntagsreden gerne von „Meinungs- und Pressefreiheit“ spricht, beugen, um mehr Erfolg oder wenigstens meine „Ruhe“ zu haben?

Werte der **Kritik** und der **Vernunft** können zu Konflikten mit einer Wertehierarchie führen, die von „Mächtigen“, von Institutionen oder Unternehmen vorgegeben ist, als Deckmantel inszeniert, aber auch als Zwangsjacke instrumentalisiert werden kann.

**4.** Sind Werte der **Freiheit** und der **Vielfalt** der **Horizont** journalistischer Arbeit, der aber eine strukturelle und rechtliche Verankerung braucht?

Im Jahre 1981 habe ich an einem Volontärkurs für angehende Journalisten im Ruhrgebiet teilgenommen. Heftig wurde über ein „duales Rundfunksystem“ mit sowohl privaten als auch öffentlich-rechtlichen Anbietern diskutiert. Grundlage war der Artikel 5 „**Meinungs- und Pressefreiheit**“ des Grundgesetzes: „(1) Jeder hat das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten und sich aus allgemein zugänglichen Quellen ungehindert zu unterrichten. Die Pressefreiheit und die Freiheit der Berichterstattung durch Rundfunk und Film werden gewährleistet. Eine Zensur findet nicht statt.“ Konsens war, dass die Meinungs-, Informations- und Pressefreiheit als „eines der vornehmsten Menschenrechte“ (Bundesverfassungsgericht) grundlegend für einen freiheitlichen Staat ist. Aber sollten die „Öffentlich-Rechtlichen“ demnächst eine rechtlich institutionalisierte Konkurrenz mit den „Privaten“ bekommen? Mir wurde immer deutlicher:

Es gibt einen Meinungskerkel durch Meinungs- und Deutungshoheit. Die offene Gesellschaft als liberale und pluralistische Demokratie braucht jedoch Gewaltenteilung: Judikative, Exekutive, Legislative, aber auch eine „Vierte Gewalt“ in Freiheit und Wettbewerb sowie mit einer Vielfalt freier und unabhängiger Medien. Die Meinungsfreiheit führt zu einer Vielfalt. Und durch institutionalisierte Vielfalt wird offene Meinungsfreiheit ermöglicht und gesichert.

Allerdings schließt dieses Denken Kritik an gegenwärtigen Strukturveränderungen nicht aus: Das Eigenleben sowie der Expansionsdrang der öffentlich-rechtlichen Anbieter zu Lasten der privaten Anbieter gefährdet gerade die Vielfalt. Und das Zusammenspiel beider findet auch nicht im fairen Wettbewerb statt, da das öffentlich-rechtliche System (u.a. 21 Fernsehsender, 74 Radiosender) mit 8 Milliarden Euro Gebühren finanziert wird; die „Privaten“ ihre Mittel erst erwirtschaften müssen. Auch öffentlich-rechtliche Angebote müssen Kritik vertragen können, wenn sie Vertrauen erhalten oder gewinnen wollen, aber der begründete Eindruck aufkommt, dass nicht immer Qualitätsjournalismus stattfindet, sondern Tugendwächter, Erzieher, Schiedsrichter oder Meinungsmacher auf leisen Sohlen oder auf offener Bühne unterwegs sind. Meinungsfreiheit bedeutet eben nicht Willkürfreiheit oder Moralisierung des öffentlichen Dialoges der „ÖRR-Mächtigen“ im Bündnis mit Nichtregierungsorganisationen, anderen „befreundeten“ Medien oder Parteien. Und Meinungsfreiheit ist kein Freibrief, andere Meinungen zu verschweigen, Meinungen in „gute“ und „böse“ Meinungen zu

sortieren, mit ideologischen Parolen aus der Öffentlichkeit auszusortieren, die eigene Meinung als absolute Wahrheit anzubieten und sie als „Freiheit“ zu etikettieren.

Wenn immer mehr Bürger meinen, ihre Meinung nicht mehr frei äußern zu können, wird die Schweigespirale gestärkt und die Lautesten werden immer mächtiger.

Die liberale Demokratie braucht deshalb zugleich „**Libertas**“ als Hüterin der Meinungsfreiheit und „**Justitia**“ als Hüterin des Rechts, die mit Hilfe der Leuchttürme **Würde** und **Menschenrechte** allgemeingültige und anerkannte Werte schützen und verteidigen sowie um- und durchzusetzen.

Das gilt auch im Blick auf die „Fünfte Gewalt“, für das **Internet**. Es bietet Möglichkeiten, die Demokratie zu demokratisieren, wenn es auf Deutungsmonopolansprüche der öffentlich-rechtlichen oder der privaten Anbieter antwortet. Und Online-Angebote der etablierten Medien können dem geänderten Nutzerverhalten vieler Bürger gerechter werden, Freiheit und Vielfalt stärken. Auch können On-Demand-Angebote mit individueller Zusammenstellung sowie digitale Inhalte eine Bereicherung sein, wenn die „User“ zugleich produzieren und konsumieren. Das Internet birgt aber auch Gefahren, wenn Medienkompetenz und Medienbildung fehlen oder nur schwach ausgebildet sind. Wenn Nutzer sich nur noch in Filterblasen und Echokammern bewegen, dann fehlt darüber hinaus der kritische und kontroverse Austausch mit anderen Meinungen, der jedoch zur eigenen Meinungsbildung notwendig ist. Dann kann der Nutzer zum Spielball von Algorithmen werden, die die Verbreitung bestimmter Inhalte steuern, von Social Bots, die die Tagesordnung beeinflussen und von Fake News, die manipulieren und instrumentalisieren wollen. Hass und Hetze, Aufrufe zur Gewalt oder Selbstjustiz, Demütigungen und Diskriminierungen überschreiten die Grenzen der Meinungsfreiheit, sind strafbare und boshafte Handlungen, die von unabhängigen Gerichten auf der Grundlage von Recht und Gesetz geahndet werden müssen.

„*Meinungsfreiheit bedeutet nicht Willkürfreiheit oder Moralisierung des öffentlichen Dialoges der ‚ÖRR-Mächtigen‘ im Bündnis mit NGOs, ‚befreundeten‘ Medien oder Parteien.*“

Wenn die Schwestern „**Libertas**“ und „**Justitia**“ zusammenwirken, können demokratische Werte von **Journalisten**, die ein **Ethos gemäÙes Ermessen** vertreten, leichter verwirklicht werden. Der **Wert Fairness** beispielsweise wird dann zur Norm „Alle sind vor dem Gesetz gleich und sollen fair behandelt werden“; die Norm zum Grundsatz „Auch die andere Seite ist zu hören“ („Audiatur et altera pars“) und im Zweifelsfall „In dubio pro lex“ (Vorrang des Gesetzes), ohne dass die Menschlichkeit oder die Persönlichkeitsrechte in Spannung zum „Öffentlichen Interesse“ einfach unter die Räder geraten; der Grundsatz zur Regel „Jeder soll als Beschuldigter vor der Veröffentlichung eines Verdachts die Möglichkeit zur Stellungnahme haben“.

Eine **Berichterstattung** geschieht im Einklang mit den Schwestern „**Libertas**“ und „**Justitia**“ bei allen „Sachzwängen“ wie Zeitnot **fair, ohne Ansehen der Person** – Augenbinde von **Justitia!** –, **unabhängig** von der eigenen oder herrschenden Meinung, **ausgewogen**, möglichst umfassend, aber stets differenziert abwägend – Waagschale von **Justitia!** –, **wahrhaftig**, gründlich und sorgsam recherchiert sowie im anschließenden **Kommentar klar** – Schwert von **Justitia!** –, erklärend und aufklärend, nicht



verklärend oder manipulierend, sondern befähigend zur eigenständigen und eigenverantwortlichen Meinungsbildung im Kontext der journalistischen Kontrollfunktion.

Der **Journalist** als Person der Freiheit ist die Freiheit in Person, wenn er mit seinem **journalistischen Florett** scheidet und unterscheiden kann, zum Beispiel Person und Sache, einen Bericht von einem Kommentar und bei Mischungen die eigene Meinung erkennbar macht. Und dabei stets selbstkritisch und offen für eigene Lernprozesse bleibt und die Würde aller beachtet und achtet.

Als **Türöffner** ermöglicht er unterschiedliche Perspektiven, kann andere Sichtweisen zu verstehen versuchen, sie untereinander in Beziehung setzen sowie Zusammenhänge, Wechselwirkungen und Folgen erklären.

Als **Raumöffner** versucht er, möglichst die ganze, komplexe und komplizierte Lebenswirklichkeit abzubilden, die ständig im Fluss ist.

Als **Brückenbauer** wird er seine Mündigkeit und seinen eigenen Kopf nicht über Bord werfen, damit er nicht ins Schwimmen der Beliebigkeit gerät oder instrumentalisiert wird.

**Ohne Werte** dreht sich jeder Mensch sehr schnell im Kreis, tritt auf der Stelle, geht in die falsche Richtung, ist ein Getriebener seiner Gefühle, Weltanschauungen oder fremder Mächte.

**Mit Werten** jedoch hat ein Mensch – und wer bestreitet, dass auch ein Journalist ein Mensch ist?! – einen inneren und äußeren Kompass insbesondere der **Fairness**, der **Unabhängigkeit**

und **Wahrhaftigkeit**. Mit seinem Florett der **Kritik** und der **Verunft** ist er flexibel und resilient, kann Abstand und Nähe in der jeweiligen Situation ausbalancieren.

Um ein solches journalistisches Leben erfolgreich, sinnerfüllt und mit Freude zu meistern, braucht er eine geistig-geistliche Quelle, aus der er Selbst- und Fremdvertrauen, Kraft und Sinn, Mut und Leidenschaft schöpfen kann.

Alle Werte jedoch können die **persönliche Verantwortung** – das Ethos gemäße Ermessen im Sinne der Goldenen Regel Jesu „Alles nun, was ihr von anderen erwartet, das tut auch ihnen.“ Mt.7,12 – nicht ersetzen. Werte können von neuen Wirklichkeiten und nicht vorhersehbaren Entwicklungen überrascht werden. Dann gilt es, das aktuell Gebotene zu erkennen, indem das von freien und unabhängigen Journalisten als das richtig Erkante nach bestem Wissen und Gewissen geschieht.

*Der Essay spiegelt auch Aussagen von Vorträgen wider, die der Autor auf einer Veranstaltung der Journalistischen Nachwuchsförderung (Jona) der Konrad-Adenauer-Stiftung, auf einer Landestagung des Niedersächsischen Evangelischen Arbeitskreises sowie auf politischen Bildungsveranstaltungen in Niedersachsen gehalten hat.*



*Dr. Burkhard Budde*

ist Beisitzer im EAK-Bundesvorstand. Der promovierte Theologe war Gemeindepfarrer und Vorstandsvorsitzender der diakonischen Stiftung Marienstift in Braunschweig. Er ist Kolumnist, verheiratet und hat zwei erwachsene Kinder.

## Besuchen Sie uns auf facebook

Möchten Sie über die Arbeit des EAK der CDU/CSU auf dem Laufenden gehalten werden? Dann besuchen Sie den EAK auf seiner facebook-Seite.



Sie finden uns unter unserem Namen „Evangelischer Arbeitskreis der CDU/CSU“.



# Das „C“ als Grundlage christdemokratischer Politik stärken!

Beschluss des EAK-Hamburg

„Die CDU ist die erfolgreiche Volkspartei der Mitte. Darüber können auch die aktuellen Ergebnisse bei den letzten Wahlen nicht hinwegtäuschen.

Die CDU hat in den letzten Jahrzehnten unter wechselnden Bedingungen immer wieder neu bewiesen, dass christdemokratische Politik die besten Lösungen für Herausforderungen und zur Gestaltung des Zusammenlebens bietet. Diese Vitalität entspringt dem christlichen Verständnis vom Menschen und den daraus resultierenden christlichen Werthaltungen.

Wir sind überzeugt: Nur eine Politik, die von der Würde des einzelnen Menschen, aber auch dessen Fehlbarkeit ausgeht und anerkennt, dass niemand über eine absolute Wahrheit verfügt, wird im Ringen um bestmögliche Ergebnisse die notwendigen Kompromisse finden, die Deutschland voranbringen.

Politik auf Grundlage des C führt zu sachgerechten und pragmatischen Entscheidungen. Sie lässt unterschiedliche Interessen zu und bietet mit Blick auf das Wohl aller Lösungen und Alternativen an. Diese Politik ist bewahrend und innovativ zugleich, da sie abseits geschlossener Weltanschauungen auf Werten beruhend keine unverhandelbaren Ziele voraussetzt. Sie ist weder an bestimmte Themen gebunden, noch verfolgt sie die Interessen einzelner Wählergruppen.

So gelingt es, auch diejenigen einzubeziehen, die nicht christlichen Glaubens oder nicht religiös sind, jedoch das Menschenbild und die Werte teilen. Unterschiedliche Sichtweisen können so anerkannt und ein größerer Schatz an Informationen und Erfahrungen für bessere Politik genutzt werden. Dies macht den Wesenskern von CDU-Politik aus und stellt einen wesentlichen Unterschied zwischen Klientel- und Volkspartei dar.“

## EAK der CDU Bremen mit neuem Landesvorstand

Der Evangelische Arbeitskreis (EAK) der CDU Bremen hat auf seiner Landesmitgliederversammlung einen neuen Landesvorstand gewählt. Dabei wurden der Landesvorsitzende Claas Rohmeyer und die beiden stellvertretenden Landesvorsitzenden Rainer Bensch und Sigrid Grönert in ihren Ämtern wiedergewählt. Alle drei sind Abgeordnete der Bremischen Bürgerschaft. Claas Rohmeyer ist u.a. Sprecher für Kirche und Religionsgemeinschaften der CDU-Bürgerschaftsfraktion und Vorsitzender des Petitionsausschusses der Bremischen Bürgerschaft. Rainer Bensch ist gesundheitspolitischer Sprecher und Sigrid Grönert sozialpolitische Sprecherin der CDU-Bürgerschaftsfraktion.

Als Beisitzer gehören dem Landesvorstand Heinz-Alfred Bortmann, Irmgard Christiansen, Reinhard Holm, Petra Hoya, Dietmar Lange, Marco Lübke und Anita Schröder-Klein an.

Mit Blick auf die im kommenden Jahr in Bremen anstehende Bürgerschaftswahl betonte der wiedergewählte Landesvorsitzende Claas Rohmeyer die Wichtigkeit der programmatischen Basis der Politik der CDU Bremen. „Die Politik der CDU kann konservativ, liberal und sozial sein; sie muss aber in jedem Fall auf unserem christlichen Menschenbild begründet sein.“

Der EAK Bremen hatte im Jahr vor der Pandemie begonnen, evangelische Kirchengemeinden zu besuchen und mit hauptamtlichen und ehrenamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern über die Arbeit vor Ort zu sprechen. Diese Besuche sollen nach zweijähriger Pause in diesem Jahr fortgesetzt werden. Auf der Landesmitgliederversammlung wurde Elisabeth



Claas Rohmeyer MdB und EAK-Bundesvorstandsmitglied Elisabeth Motschmann

Motschmann nach über 30-jähriger Zugehörigkeit im EAK Bremen verabschiedet. Von 2008 bis 2018 war sie auch Landesvorsitzende des EAK Bremen und gehört bis heute dem Bundesvorstand an. Durch ihren Umzug nach Schleswig-Holstein verlässt sie nun den Landesverband Bremen. Der EAK-Landesvorsitzende Claas Rohmeyer dankte ihr, aber auch ihrem Ehemann Pastor Jens Motschmann, für die langjährige Arbeit und das Engagement.

# EAK-Studienreise ins Heilige Land

## 11. bis 20. November 2022

### Ein Land – zwei Völker

Es sind  
noch Plätze  
frei! · Jetzt  
buchen!

Unter diesem Motto führt der EAK seit 2019 Studienreisen in das Heilige Land, also nach Israel und das Westjordanland, durch. Bedingt durch die Pandemie mussten wir zwei Jahre pausieren und konnten erst im Februar 2022 wieder eine Reise, diesmal mit neuem Programm, durchführen.

Als nächste Fahrt steht eine Reise mit unserem ursprünglichen Ablauf auf dem Programm. Sie findet statt vom **11. bis 20. November 2022**.

#### 1. TAG / FR. 11. NOV 2022, ANREISE

Wir treffen uns im Flughafen Frankfurt/Main, um nach Tel Aviv zu fliegen. Dort nimmt uns unsere örtliche **Reiseleiterin Teresa Nurieljan**, gebürtig aus dem Saarland, in Empfang.

Weiter geht's nach **Sha'ar HaGolan**, einem Kibbuz am See Genezareth, wo wir die nächsten zwei Nächte verbringen.

#### 2. TAG / SA. 12. NOV 2022

Uns erwartet eine kurze **Bootsfahrt auf dem See Genezareth**, bevor wir wichtige christliche Stätten am den See besuchen.

**Nach dem Mittagessen am See Genezareth** machen wir einen Abstecher zur Verkündigungsbasilika nach Nazareth.

Anschließend fahren wir zurück zu unserer Unterkunft im Kibbuz Sha'ar HaGolan.

Städte bezeichnet wird, mit **Besuch des Mausoleums von Yasir Arafat**. Danach geht es weiter in die **älteste Stadt der Welt, nach Jericho**, wo wir ausreichend Zeit zur Besichtigung der Ausgrabungen haben werden.

Nach der **Rückkehr nach Taybeh**, wo wir die zweite Nacht im „**Taybeh Golden Hotel**“ verbringen werden, besteht die Möglichkeit, die ebenfalls zum Hotel gehörende **Brauerei** zu besichtigen.

#### 5. TAG / DI. 15. NOV 2022

Der Tag führt uns nach **Bethlehem** und **Beit Jala**. Wir werden ausführlich durch die **Geburtskirche** geführt, machen einen **Rundgang durch die Stadt** und erfahren während des **Mittagessens** bei Familie Mukarker u.a. viel über das Leben der verbliebenen



Kapernaum, Blick auf die Kirche



Verkündigungsbasilika



Jakobsbrunnen



Jericho

#### 3. TAG / SO. 13. NOV 2022

Wir fahren für drei Tage in das **Westjordanland**. In diesen Tagen erfolgt die **Reiseleitung durch Kamal Mukarker** und/oder **seine Mutter Faten Mukarker**, die ihre Jugend in Bonn verbracht hat.

Unsere erste Station im Westjordanland ist **Nablus**, das biblische Sichem, mit Besuch des **Jakobsbrunnens in der Kirche der Photina**, wir gehen durch das in der Nähe befindliche **Flüchtlingslager**, machen anschließend einen Bummel durch den **Basar** und runden den Tag mit einem Gang durch die **archäologischen Stätten von Samaria bei der Ortschaft Sebastia**.

Den Tag beschließen wir in **Taybeh**, übersetzt „die Schöne“, mit einer **Weinprobe** aus dem zu unserem Hotel gehörenden Weingut. Taybeh ist das letzte fast ausschließlich von Christen bewohnte Dorf im Westjordanland.

#### 4. TAG / MO. 14. NOV 2022

Der Tag beginnt in Ramallah mit einem **Vortrag von Herrn Steven Höfner**, dem Leiter des Büros der Konrad Adenauer Stiftung in Ramallah. Es folgt ein **Rundgang durch die Stadt**, die mit Fug und Recht als die westlichste aller palästinensischen

benen Christen im Westjordanland. Am Nachmittag besuchen wir **Talitha Kumi**, eine Deutsche Ev.-Luth. Schule in Beit Jala in Trägerschaft des Berliner Missionswerks, die die Auszeichnung „Exzellente deutsche Auslandsschule“ erhalten hat. Sie vermittelt christlichen wie muslimischen palästinensischen Kindern eine fundierte Bildung bis hin zum deutschen Abitur.

Am Abend verlassen wir das Westjordanland und **erreichen in Jerusalem unser Hotel**, in dem wir die nächsten **drei Nächte** verbringen.

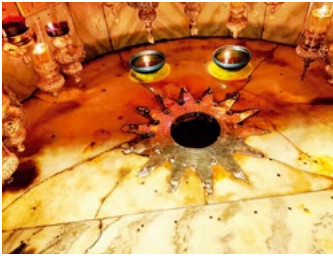
#### 6. TAG / MI. 16. NOV 2022

Vor uns liegen **drei ereignisreiche Tage in Jerusalem**, beginnend mit dem 16.11. Unser Weg führt uns die **Via Dolorosa** entlang zur **Grabeskirche**, an die **Klagemauer** und am Nachmittag in die **evangelisch-lutherische Erlöserkirche**, wo wir uns mit Bischof Azar zu einem Gespräch treffen.





Blick auf den See Genezareth von Kapernaum



Bethlehem, Geburtskirche



Klagemauer



Yad Vashem, Halle der Erinnerung

## 7. TAG / DO. 17. NOV 2022

Der Vormittag ist mit einem Besuch der **Holocaust-Gedenkstätte Yad Vashem** ausgefüllt. Unabhängig davon, wie oft man schon hier war, es ist immer wieder bedrückend vor Augen geführt zu bekommen, welche Verbrechen seitens des Nationalsozialismus begangen wurden und welche Leiden die Juden in dieser Zeit ertragen mussten.

**Der Nachmittag dient dann der freien Verfügung** mit vielen Möglichkeiten vom Besuch des unbedingt sehenswerten Mahane-Yehuda-Markt, einem Bummel durch das jüdische Viertel bis hin zur Möglichkeit, sich ein Pilger-Tattoo stechen zu lassen.

Nach dem **Abendessen** ist noch ein **Vortrag** vorgesehen.

## 8. TAG / FR. 18. NOV 2022

Wir beginnen mit einem **Besuch des Ölbergs** mit der einzigartigen Aussicht über Jerusalem, anschließend gehen wir zur **Kirche Dominus flevit** und beenden unseren Aufenthalt in Jerusalem im **Garten Gethsemane**.

Anschließend fahren wir nach **Qaser Al-Jahud**, die Taufstelle am Jordan, die gleichzeitig auch die Grenze nach Jordanien bildet. Daran schließt sich ein besonders beliebter Programmpunkt an: ein **Bad im Toten Meer**.

Danach fahren wir zu unserer letzten Unterkunft für zwei Nächte, dem Metropolitan Hotel in Tel Aviv, ca. 200 m vom Strand entfernt.

## 9. TAG / SA. 19. NOV 2022

Unser letzter voller Tag der Reise bietet uns eine **Stadtrundfahrt** durch die lebendigste Stadt Israels. Der Nachmittag steht zur freien Verfügung, z.B. für ein **Bad im Mittelmeer** oder, falls genügend Interesse besteht, eine **Fahrt nach Haifa** mit Blick über die hängenden der **Bahai**, ein Ausblick der besonderen Art.

**Am 20.11.** treten wir dann wieder den **Heimflug** an.

*Friedemann Schwarzmeier, Gruppenleiter*

**Melden Sie sich bitte jetzt an**, entweder über den Internet-Link oder ganz bequem mit dem beigefügten QR-Code.

**Achtung:** Aufgrund der begrenzten Platzzahl empfehlen wir eine zügige Anmeldung!

[https://tour-mit-schanz.de/gruppen/eak\\_israel\\_nov\\_2022-1](https://tour-mit-schanz.de/gruppen/eak_israel_nov_2022-1)



### Meinungen und Informationen

aus dem Evangelischen Arbeitskreis der CDU/CSU

### Herausgeber

Thomas Rachel, Dieter Hackler, Dirk Heuer, Sabine Kurtz, Christine Lieberknecht, Christian Schmidt

### Redaktion

Christian Meißner (V. i. S. d. P.)  
Michelle Zurek  
Klingelhöferstraße 8, 10785 Berlin,  
Tel.: 030/22070432, Fax: 030/22070436,  
E-Mail: eak@cdu.de, www.eak-cducusu.de

### Spenden-Konto

Commerzbank Berlin  
BLZ 100 400 00  
KontoNr. 266 098 300  
IBAN: DE79 1004 0000 0266 0983 00  
BIC: COBADEFFXXX

### Autoren


Thomas Rachel MdB  
Prof. Dr. Johannes Rehm  
Lars Rohwer MdB/Sophie Schirmer  
Dr. Burkhard Budde  
Friedemann Schwarzmeier  
Christian Meißner

**Druck** DAS DRUCKTEAM BERLIN

### Fotonachweis

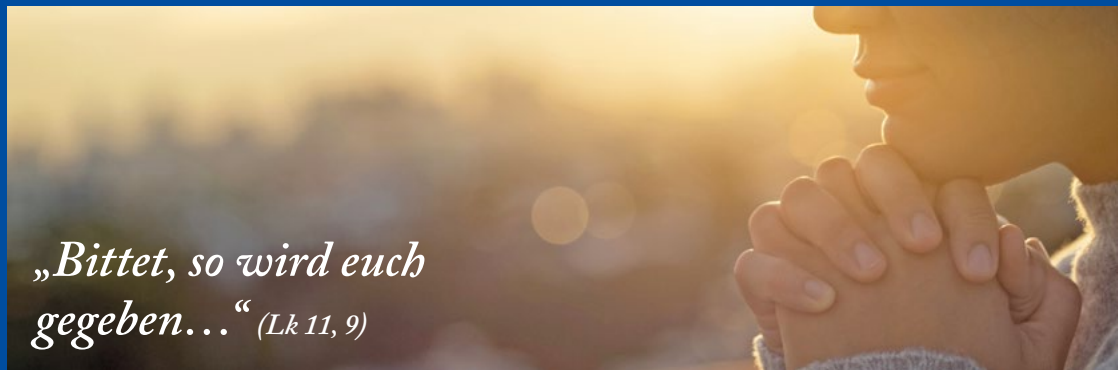
Titelbild © Thomas Rachel  
S. 2 © Tobias Koch  
S. 3 © Christian Meißner  
S. 7 © istock/ThitreeSarmkasat  
S. 10 © istock/suriya silsaksorn  
S. 13–14 © Friedemann Schwarzmeier  
S. 16 © istock/Kamonwan Wankaew

Nachdruck © EAK – auch auszugsweise – nur mit Genehmigung der Redaktion und mit Quellenangabe gestattet. Ein Belegexemplar wird erbeten. Namentlich gekennzeichnete Beiträge stellen die Meinung des Verfassers dar, nicht unbedingt die der Redaktion oder der Herausgeber. Papier: 100 % chlorfrei

 Besuchen Sie uns auf unserer facebook-Seite!



# Meditation



*„Bittet, so wird euch  
gegeben...“ (Lk 11, 9)*

Wir dürfen Gott im Gebet um alles bitten, so wie ein Kind sich in jeder Not, in Angst und Schmerz, in die bergenden Arme des liebevollen Vaters fallen lassen kann, um dort Trost und neue Zuversicht zu erfahren. Im Gleichnis vom „bittenden Freund“ gibt Jesus eine geradezu unerhörte Antwort auf den ja auch für uns heutzutage noch notorisch im Raum stehenden Einwand: Hört Gott überhaupt all unser Bitten und Flehen? Und die Antwort unseres Herrn Jesu Christus lautet ganz klar: Wir dürfen gewiss sein, dass unser Gebet von unserem Vater im Himmel erhört wird!

Unser Vater im Himmel lässt sich also bitten! Alles, was uns bedrängt und ängstigt, was uns niederdrückt und womöglich in Verzweiflung zu stürzen droht, können wir IHM anvertrauen. Es gibt einen Ort, mitten in dieser zerrissenen und bedrohlichen Welt – und er ist ihr doch zugleich enthoben – einen existentiellen Geborgenheits-Ort, der uns direkt und jederzeit Zutritt zur Gegenwart unseres lieben Vaters im Himmel verschafft: Das Gebet!

Das Gebet überwindet alle geistlosen, lieblosen und gottlosen Orte dieser Welt! Darauf dürfen wir uns verlassen: Mögen wir in dieser Welt immer wieder auch von allen vermeintlich guten Geistern verlassen sein, so sind wir doch niemals vom Geist Gottes verlassen!

Im Gebetsvollzug vertrauen wir uns mit all unseren Sorgen, Wünschen und Augenblicks-Verfasstheiten dem großen Geheimnis der Liebe Gottes an. Diese Liebe Gottes, die größer ist als wir selbst und unsere eigenen, stets sehr begrenzten Perspektiven. Statt selbstverkrümmt in unseren Sorgen zu versinken, können wir uns im Gebet immer wieder in Gott hineinbergen und dadurch innere geistliche Befreiung und einen neuen weiten Hoffnungs-Raum gewinnen.

Unsere angefochtene Seele erfährt – auch in allen Ungeborgenheiten und Unbehaustheiten dieser Welt – neue Geborgenheit, Freiheit und Hoffnung. Das gilt übrigens auch dann, wenn Gott Wünsche und Bitten am Ende auch gegen unsere Erwartungen verwirklichen sollte!